Resolution der SPD Karlsruhe: Keine deutsche Beteiligung an Abschiebezentren in Ruanda

Die SPD Karlsruhe lehnt die von Bundesinnenminister Alexander Dobrindt vorangetriebenen Pläne ab, vollziehbar ausreisepflichtige Menschen im Rahmen sogenannter „Return Hubs“ nach Ruanda abzuschieben. Das Vorhaben betrifft Menschen nach abgeschlossenem Asylverfahren, die derzeit nicht in ihre Herkunftsländer zurückgeführt werden können. Auch Menschen ohne persönliche Verbindung zu Ruanda sollen dorthin gebracht werden können.

Für uns gilt: Die Menschenwürde und die grundlegenden Rechte jedes Menschen müssen unabhängig vom Aufenthaltsstatus geachtet werden.

Die zwangsweise Überstellung von Menschen ohne persönliche Verbindung nach Ruanda halten wir für politisch falsch. Die Menschenrechtslage des Landes begründet erhebliche Bedenken: Das Auswärtige Amt beschreibt starke Einschränkungen der Meinungs-, Medien- und Vereinigungsfreiheit.

Ruandas Rolle im Konflikt im Osten der Demokratischen Republik Kongo verstärkt unsere Bedenken. Die Bundesregierung hält hierzu selbst an einer kritischen Haltung fest; offizielle entwicklungspolitische Regierungskonsultationen und -verhandlungen bleiben ausgesetzt.

Die SPD Karlsruhe fordert den SPD-Parteivorstand, die SPD-Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung auf, sich im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten dafür einzusetzen,

1. die deutsche Mitwirkung an den Verhandlungen über dieses Vorhaben zu beenden;
2. eine deutsche Beteiligung an Einrichtung, Finanzierung und Betrieb der geplanten Abschiebezentren sowie an entsprechenden Überstellungen zu verhindern;
3. für dieses Vorhaben keine deutschen Haushaltsmittel bereitzustellen oder einzusetzen.

Wir stehen für eine geordnete, rechtsstaatliche und menschenwürdige Migrationspolitik.